

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Das unvollständig abgedruckte Blattstück ist Eigentum der Redaktion keine Verantwortung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

Die Lebensmittel-Verhandlungen.

Kommissionsberatungen in Brüssel.

Die in Spa abgetroffenen Verhandlungen über die Lebensmittel, welche am 13. März in Brüssel um 2 Uhr nachmittags im Hotel Victoria wieder aufgenommen wurden. Den Vorsitz für die Alliierten führt die Verhandlungen des Lebensmittelsekretär v. Braun. Entsprechend den drei englischen Unterkommissionen für Getreide, Fleisch und Milch. Die Vorsitzenden der Deutschen sind: Dr. Meißner — Vorsitzender Lebensmittelsekretär v. Braun — und für die Alliierten auf dem Vorkriegsstand der Deutschen am 13. März. Die Vorsitzenden der drei englischen Unterkommissionen sind: Mac Lean für die Schifffahrt, Hoover für die Lebensmittelfrage und Keynes für die Finanzwirtschaft. Um 7 1/2 Uhr abends wollten die Vorsitzenden der drei Unterkommissionen das Ergebnis ihrer Beratungen dem Admiral Wemyss unterbreiten. Sodann sollte über die Fortsetzung der Hauptverhandlungen der Beschluß gefaßt werden.

Die drohende Hungersnot in Deutschland.

Der Bischof von Osnabrück hat einen Brief an die „Times“ geschrieben, worin er zur Lebensmittellage in Deutschland Stellung nimmt und schreibt: „Es scheint mir, daß wir uns untere

Bundesgenossen und einer Missetat schuldig machen wird. Die Monate sind vergangen, seitdem der Waffenstillstand unterzeichnet wurde, und noch nichts ist getan worden, um die furchtbare Not zu lindern. Es ist sowohl verwerflich als auch unpolitisch, Deutschland bis zur hoffnungslosen Verzweiflung und bauerndem Hunger auszuwirken.“

London, 13. März. (M. T. B.) Reuters Sonderkorrespondent beschreibt in einem Telegramm aus Berlin die durch den Lebensmittelmangel geschaffene verzweifelte Lage. Die Nahrungsmittelfrage sei jetzt dort mit aller Ueberzeugung. Wenn die Regierung die Lebensmittelfrage verbessern und das Volk Arbeit bekommen könnte, könnte die Lage noch erträglicher werden, aber es handelt sich jetzt nur um Lage. Der Korrespondent telegraphiert: „Im vollen Bewußtsein meiner erheblichen Lebensmittelmangel im Laufe des April erhält, es beschließt, die Lebensmittelfrage zu verbessern.“

Das Ende der Fideikommission.

P. M. Am gleichen Tage, an dem die preussische Landesversammlung zum Zentralrat, veröffentlichte der „Staatsanzeiger“ die schon angekündigte Verordnung über die Fideikommissionen vom 10. März. Die das Ende der preussischen Fideikommissionen bedeutet. Nach mehr als bei den Verhandlungen über die Auflösung und Neuform der Gemeindeverordnungen und der Kreisfrage wird man in diesem Falle mit den formalen Bedenken nicht zurückhalten können, daß damit die konstituierende preussische Landesversammlung vor eine vollständigere Aufgabe gestellt wird. Wenn es sich auch nur um vorläufige Anordnungen handelt und besonders die Zwangsausslösung der Fideikommission einer späteren Verfügung des Staatsministeriums überlassen bleibt, die der Genehmigung der Landesversammlung bedarf, so greift doch die jetzige Verordnung der gesetzgebenden Körperschaft vor. Sie wird also dem preussischen Volk aufzotrophen, genau wie in den fünfzig Jahren der Fideikommissionen über den Kopf des Landtags hinweg hinweggeführt wurden. Gegen diese Willkür von oben ist damals von demokratischer Seite Protest erhoben worden, und es versteht sich von selbst, daß wir die definitive Regelung einer so wichtigen und weittragenden Angelegenheit gleichfalls von der Zustimmung der dazu berufenen Volksvertretung abhängig machen müssen. Es ist deshalb auch zu erwarten, daß die jetzt erlassene Verordnung nachträglich der konstituierenden preussischen Landesversammlung unterbreitet wird. Vielleicht wird sich dann ein Weg finden, um einzelne Härten zu mildern und die ganze Angelegenheit in konstitutionelle Bahnen zu leiten. Aber in der Sache selbst würde dadurch nicht viel geändert werden. Das Ende der Fideikommission ist gekommen; das neue Preußen wird mit diesen Resten einer feudalen Vergangenheit unter allen Umständen aufzuräumen haben.

Am die Fideikommission ist seit sehr Jahren in Preußen heftig gekämpft worden. Das abermahlige Jahrhundert lag in der Ausgestaltung und Bekräftigung der Fideikommission eine Bestätigung seiner übertragenden Stellung im Staat, und die gesetzliche preussische Regierung der nur verunkelteten Aera war durchaus bereit, diesen Mänteln weites Entgegenkommen zu zeigen. Der ausgesprochene Zweck der letzten gesetzlichen Aktion war die Aufrechterhaltung und Milderung des Gesetzes eines einzelner Familien. Ihre Träger sollten auch außerhalb der Masse des Volkes herausgehoben und mit besonderen Privilegien und Vorzügen ausgestattet werden. So wurde das Fideikommissionengesetz zu dem eigentlichen Drehpunkt im Kampf um die Vorrangstellung der privilegierten Geschlechter. Dieser Kampf wurde auch nicht abgebrochen, als der Weltkrieg wichtigere Aufgaben in der Vordergrund schob, als besonders die Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts von der Regierung als notwendig erkannt wurde. Ja gerade, als die Wahlreform sich als unabwendbar herausstellte, glaubten die preussischen Junker in beiden Hälften des Landtags den Widerstand für eine Staatsreform gekommen. Diese Bestrebungen führten allerdings nicht zum Ziel. Die preussische Regierung sah schließlich ein, daß dem Volk in der letzten Kriegszeit das Recht des vererbten Fideikommissionengesetzes nicht auch noch aufgelegt werden könne, und so wurde die weitere Beratung auf unbestimmte Zeit verschoben, nachdem der Landtag folgende Zeit mit seiner Durchberatung verloren hatte. Aber die Junker gaben auch dann noch nicht ihr Spiel verloren. Noch als im letzten Herbst die Wahlreform an das Herrenhaus gelangt war, ließen die erlauchten Herren der preussischen ersten Kammer keinen Zweifel daran, daß sie auf ihrem Gebiet der Wahlreform nur nachgeben würden, wenn ihnen gleichzeitig die Verankerung des Fideikommissionengesetzes bewilligt würde. Sollte die Revolution vom 9. November seinen Stütz durch diese Maßnahme gemacht, dann hätte höchst wahrscheinlich das preussische Volk die Bestätigung der Dreiklassenwahlrecht mit dem Fideikommissionengesetz bejahen müssen.

Die neue Zeit brachte auch auf diesem Gebiet einen völligen Umschwung. Es war von vornherein klar, daß mit den Fideikommissionen aufgeräumt werden würde, und es fragte sich nur, in welcher Weise und zu welchem Zeitpunkt ihre Bestätigung erfolgen sollte. Der vorliegenden Verordnung darf man zugehen, daß sie nicht ohne Schamung mit den Junkern der bestehenden Fideikommission verfährt. In der Spitze der Verordnung steht allerdings der Satz: „Die Familienmitglieder sind aufzulösen.“ Und die notwendige Konsequenz ist, daß auch die Errichtung neuer Familienmitglieder untersagt wird. Im übrigen aber wird für die Auflösung der Familienmitglieder eine Frist bis zum 1. April 1921 gesetzt, und das dann einleitende Zwangsverfahren unterliegt der Genehmigung der Landesversammlung. Auch die Definition der Familienmitglieder läßt eine gewisse Schonung infolge erkennen, als darunter nur landbesitzende Hausbesitzer, Familienfideikommissionen, Lehen und Erbrentenverträge fallen, als die unklarer Auslegung davon nicht betroffen werden.

Im übrigen bleibt die Aufhebung der Familienmitglieder einem Familienmitglied überlassen. Wie dieser Familienmitglied erfolgen soll, das wird in einzelnen nicht gesagt; nur bedarf der Aufnahme und Bestätigung durch die Kreisbehörde. Auch ist schon infolge einer Sicherung dagegen gegeben, daß etwa das Familienmitglied unter irgendeiner veränderten Form aufrecht erhalten bleibt, daß die Rechte der Erben und Veräußerung der Fideikommission aufgehoben werden. Nimmt man dazu noch die weiteren Verfügungen über das neu-

Vor Veröffentlichung des Friedensvertragsentwurfs.

W. Fritsch, 14. März. Nach einer Meldung der „Daily Mail“ ist in London eine Botenschaft von Lloyd George eingetroffen, nach welcher der Friedensvertragsentwurf in einer Woche fertig gestellt sein soll. Er werde Wilson nach seiner Ankunft sofort unterbreitet werden. Sobald Wilson seine Genehmigung gegeben habe, werde der Entwurf den Deutschen zugeteilt werden. Man werde ihnen aber nicht gestatten, über den Entwurf zu debattieren oder irgendwelche Veränderungen an ihm vorzunehmen. Das Datum der Einbringung der deutschen Delegation hängt von der inneren Lage Deutschlands ab.

In unserer gestrigen Abendnummer haben wir gesagt, daß wir es für unangebracht halten würden, im gegenwärtigen Augenblick an die Zusammenfassung der deutschen Friedensdelegation Kritik zu üben, daß wir aber bedauern, kein Mitglied der Unabgegebenen, speziell nicht Kaufmann, in der Delegation zu sehen. Die „Neue Zeitung“ und die „Längliche Rundschau“ glauben, auf eine Kritik nicht verzichten zu sollen. Die „Neue Zeitung“ erklärt, daß unter den Delegierten sich außer dem Grafen Brockdorff-Rianan befinden, der den großen Einfluß hat, und unter den Gegnern auch nur im entferntesten gewachsen wäre, jedenfalls niemand, zu dem man das Vertrauen haben könnte, daß er in der großen Politik derartig bewandert sei, die Geschichte Deutschlands in einer so schweren Lage sachgemäß zu lenken. Zu diesen Bemerkungen möchten wir, da eine Erörterung der Frage heute, kurz vor den Friedensverhandlungen, nur noch schaden könnte, nicht Stellung nehmen. Wenn dann aber die „Kreuz-Zeitung“ weiter sagt, die Sozialdemokratie, zu der Herr Dr. Müller, Gesandter in Bern und Mitglied der Delegation, gehört, habe „vor dem Krieg den Fragen der Außenpolitik nur sehr geringes Verständnis“ entgegengebracht, und Professor Schäding habe durch seine passivistische Politik, die er während des Krieges vertreten hat, den deutschen Interessen nach außen und nach innen außerordentlich geschadet, so machen diese Behauptungen doch eine Antwort nötig. Die Ereignisse haben doch wohl genügend bewiesen, ein wie „geringes Verständnis“ für auswärtige Angelegenheiten die Sozialdemokraten, die Alldeutschen und alle im konservativ-alldeutschen Gedankenkreis lebenden Kreise vor dem Krieg und während des Krieges gehabt haben. Sie haben alle gegnerischen Kräfte unterstützt, haben für fremde Stimmungen und höchstmissigen Absichten gehandelt, haben durch ihre Wort- und Maflosigkeit die Entente gegen uns geschaffen, haben die Wirkung des Ententeschlusses in Belgien nicht im entferntesten gehindert, haben gegen, mit dem Blutkrieg die Welt schnell niederverzogen zu können, haben alle Wölfe gegen uns ausgeschickt und die Katalysatoren heraufbeschworen. Soll man etwa Vertreter der konservativ-militaristischen Gesellschaften zu den Friedensverhandlungen senden und Männern mit solchem „Verständnis“ für das Ausland die Vertretung Deutschlands anvertrauen? Herrn Clemenceau würde das — als Beweis der Neutralität gegen die Sicherungsmittel — gegen eine künftige deutsche Gewaltpolitik gefallen werden müssen.

Die deutschen Friedensvorbereitungen.

Die „Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen“.

Während die Welt durch Hasas und Reuters über das Fortschreiten der feindlichen Friedensvorbereitungen ständig auf dem Laufenden gehalten wird, hören man bisher nur selten etwas von deutschen Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen. Das belagert nicht, daß es in solchen Vorbereitungen bisher geschieht hat für die Vertretung der Interessen Deutschlands auf der Friedenskonferenz erforderlich ist, schon vor dem Abschluß des Waffenstillstands in Angriff genommen. Am Oktober vorigen Jahres berief wurde Graf Bernstorff aus London zurück nach Berlin berufen, um mit der Leitung der vorbereitenden Maßnahmen für die Friedensverhandlungen betraut zu werden. Die schwierigen Voraussetzungen waren nach einigen Monaten so weit gediehen, daß Mitte Februar eine besondere „Geschäftsstelle des Auswärtigen Amtes für die Friedensverhandlungen“ im Hause der Zentral-einrichtungsstelle in der Reichsstraße eingerichtet worden konnte. Diese Geschäftsstelle ist mit ihren verschiedenen Abteilungen — sie hat eine politische, eine handelspolitische, eine volkswirtschaftliche Abteilung, eine Rechtsabteilung und eine Nachrichtenabteilung — eine Filiale des Auswärtigen Amtes. Das in Sekretariat und Organisation tätige Personal der Geschäftsstelle, deren technischer Leiter Geheimrat W. Fritsch ist, wurde größtenteils von der J. G. übernommen.

Die Geschäftsstelle verfügt, abgesehen von den ihr zugeleiteten Beamten und einer Hilfe von hundert dort tätigen Spezialisten, über eine große Zahl von Sachverständigen, die von den interessierten Verbänden vorgeschlagen wurden. Es handelt sich meist um Vertreter der Großindustrie, der Industrie und der Schiffahrt. In den Beratungen über die fremden Länder werden Vertreter der Auslandsdeutschen hinzugezogen. Das auch andere Reichsämter, wie das Reichsjustizamt, das Reichsministerium des Reichsanwalts, das Reichsamt des Innern, das Reichsgericht und die Reichsversicherungsanstalt bei der Bearbeitung der sie interessierenden Friedensprobleme mitwirken, ist selbstverständlich.

Täglich finden im großen Sitzungssaal der Geschäftsstelle Besprechungen statt, in denen der Reihe nach alle Friedensprobleme gewertet werden. In diesen Sitzungen, an denen die zuständigen Referenten der Geschäftsstelle, Vertreter der beteiligten Reichsorgane und die in Frage kommenden Sachverständigen teilnehmen, wird das Material vorbereitet, das in der weiteren erforderlichen Arbeit vorzubereiten. Kann ein Problem als entscheidend behandelt gehen, so werden die Ergebnisse gewöhnlich in Form einer kurzen Denkschrift niedergelegt. Die Geschäftsstelle der Friedensvorbereitungen wird über jede Frage, die bei den Friedensverhandlungen voranzutreiben eine Rolle spielt, eine Denkschrift verfassen, und die Zusammenfassung von Denkschriften soll, wie es in einer am 1. März veröffentlichten Denkschrift der Geschäftsstelle gewissermaßen als Konventionen festgelegt für ihre Information zur Verfügung stehen. Offiziell werden die deutschen Interessen auf dem Verhandlungsort auszuverlässig vertreten, das Material, das von der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen so gesammelt worden ist, mit Hilfe zu verwenden.

Die Aufgabe der Geschäftsstelle ist mit dem Beginn der Verhandlungen nicht erledigt. Die Geschäftsstelle hat nicht nur das Informationsmaterial für die deutschen Unterhändler vorzubereiten. Sie wird während der Verhandlungen auch die Verbindung zwischen der deutschen Delegation und der Heimat aufrechtzuerhalten. Der gesamte Nachrichtenverkehr mit der Delegation wird in der Geschäftsstelle zentralisiert. Diese ist deshalb mit vollständigen Anlagen für die Kommunikation von Fernschreibern ausgestattet.

